

# Ein neues Zeitalter der Einwanderung in die USA

1965 reformierte Präsident Lyndon B. Johnson die amerikanische Immigrationspolitik – mit ungeahnten Folgen. Sechs Jahrzehnte später könnte das Thema, wieder einmal, die Wahl entscheiden

VON MANFRED BERG

Der Ort war an Symbolkraft kaum zu überbieten: Am 3. Oktober 1965 unterzeichnete US-Präsident Lyndon B. Johnson auf Liberty Island vor der Südspitze Manhattans, wo die Freiheitsstatue die »müden, armen, bedrückten und sich nach Freiheit sehrenden Massen« willkommen heißt, den Immigration Reform Act. Dieser war Teil der liberalen Bürgerrechtsagenda des Präsidenten und schaffte die in den Zwanzigerjahren erlassenen Einwanderungsquoten nach nationaler Herkunft ab, die den im »angelsächsischen« Amerika unerwünschten Einwanderern aus Süd- und Osteuropa die Tore verschließen sollten. Das neue Gesetz, versprach Johnson, beende eine »grausame Ungerechtigkeit«, werde aber nicht zu einer neuen Immigrationswelle führen: »Die Tage der unbegrenzten Einwanderung sind vorbei.«

Johnsons Prognose erwies sich als grandiose Fehleinschätzung. Tatsächlich begann mit der Reform von 1965 ein neues Zeitalter der amerikanischen Einwanderungsgeschichte. Heute ist die Immigration, vor allem aus Mexiko, eines der beherrschenden innenpolitischen Streitthemen.

Einwanderung hat, wie könnte es anders sein, die Vereinigten Staaten geprägt. Die Gesamtzahl der Immigranten, die seit der Unabhängigkeit 1776 legal ins Land gekommen sind, wird auf rund 100 Millionen Menschen geschätzt. Der Gedanke, dass sich ihre Vorfahren mit wenig mehr als dem, was sie am Leibe trugen, in der Neuen Welt ein besseres Leben aufbauten, erfüllt die meisten Amerikaner mit Stolz. Grundsätzlich bekennt sich eine große Mehrheit zu der Auffassung, dass Einwanderung das Land stark gemacht habe und auch in Zukunft stärken werde.

Zugleich hat Amerika eine lange Tradition des »Nativismus«, der eine Bevorzugung der im Lande Geborenen und die Beschränkung der Immigration fordert. Schon 1755 schimpfte der US-Gründervater Benjamin Franklin über die »pfälzischen Bauern«, die in Pennsylvania angeblich die englische Sprache und Kultur verdrängten. Und neben den Deutschen standen im 19. Jahrhundert auch die Iren im Ruf, sich der Assimilation an die angloprotestantische Kultur zu verweigern. Nicht zuletzt schlug den Chinesen, die als Bergleute und Landarbeiter an die Westküste kamen, Hass und Gewalt entgegen: 1882 verbot der Kongress im Chinese Exclusion Act die Einwanderung chinesischer Arbeitskräfte sogar gänzlich.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts provozierte die »Neue Immigration« von Italienern, Slawen und osteuropäischen Juden eine weitere Protestwelle. Nach dem Ersten Weltkrieg mündete sie in eine restriktive Einwanderungspolitik: Der Immigration Act von 1924 setzte eine jährliche Obergrenze von 164.000 Einwanderern sowie nationale Quoten fest, die besonders Briten und nun auch Iren und Deutsche bevorzugten. Binnen weniger Jahre halbierte sich die Zahl der Einwanderer. Ein Triumph der Nativisten – der sich nach dem Zweiten Weltkrieg fortsetzte. Die Quoten blieben in Kraft, wenn auch mit zahlreichen Ausnahmen, etwa für die im Krieg um ihre

Heimat gebrachten *displaced persons* in Europa und für politische Flüchtlinge aus dem Ostblock.

Mexikanische Wanderarbeiter (*braceros*) waren ebenfalls willkommen, vor allem in der Landwirtschaft des Südwestens – und solange sie wieder in ihre Heimat zurückkehrten. Als viele von ihnen in den USA blieben, ordnete Präsident Eisenhower rabiate Abschiebungsmaßnahmen wie die »Operation Wetback« an. »Wetback«, »Nassrücken«, war ein abfälliger Ausdruck für Migranten aus Mexiko, die den Rio Grande durchschwommen hatten. Mehr als eine Million von ihnen wurden Mitte der Fünfzigerjahre teils äußerst gewaltsam abgeschoben, was Rechte wie Donald Trump heute als vorbildhaften Erfolg feiern. Doch führte die Operation nicht nur zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen. Sie blieb auch letztlich erfolglos – da viele der Ausgewiesenen in die USA zurückkehrten und amerikanische Arbeitgeber nicht auf die billigen Arbeitskräfte verzichten wollten.

Unterm Strich führte das restriktive Migrationsregime auch nach 1945 dazu, dass die Zahl der Einwanderer vergleichsweise gering blieb. Zwischen 1950 und 1970 zählte man nur etwa sechs Millionen Immigranten. Der Anteil der im Ausland Geborenen an der Gesamtbevölkerung sank auf ein historisches Tief von unter fünf Prozent, nachdem er um 1900 noch 15 Prozent betragen hatte. Überdies stammte die große Mehrheit der Einwanderer nach wie vor aus Europa: Bei den Volkszählungen stand eine große weiße Mehrheit von knapp unter 90 Prozent einer schwarzen Minderheit von etwa zehn Prozent gegenüber. Asiaten und Hispanics fielen numerisch noch kaum ins Gewicht.

Niemand rechnete damit, dass der Immigration Reform Act von 1965 das ethnische Profil der USA merklich verändern werde. Warum auch? Das Gesetz hob die Obergrenze für die Einwanderung nur moderat an und legte sogar erstmals Quoten für Lateinamerika fest. Politische Flüchtlinge und der Familiennachzug allerdings blieben von den Quotierungen ausgenommen: US-Bürger sowie Einwohner mit dauerhafter Aufenthaltserlaubnis durften Ehegatten, erwachsene Kinder und Geschwister ins Land holen.

Dies, so glaubte man, würden in erster Linie Europäer nutzen – in moderatem Ausmaß. Stattdessen machten vor allem Hispanics und Asiaten von der Familienzusammenführung Gebrauch – und zwar in großer Zahl. Allein in den Siebzigerjahren wanderten 1,5 Millionen Menschen aus Asien in die USA ein. Der Zuzug aus Lateinamerika war noch stärker. Bis zum Ende des Jahrhunderts stammte rund die Hälfte aller legalen Einwanderer von dort, zwei Drittel von ihnen kamen aus Mexiko.

Mexikaner machten zugleich den Großteil der Illegalen aus. Weder Deportationen noch die martialische Befestigung der Grenzen zu Mexiko konnten den Zuzug stoppen. Tausende Menschen haben seither beim illegalen Grenzübertritt ihr Leben verloren. Sie ertranken im Rio Grande oder verdursteten in der Wüste.

Experten schätzen die Zahl der Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in den USA heute auf etwa



Einwanderer auf Ellis Island vor Manhattan (um 1920)

Foto: Granger/Shutterstock

elf Millionen. Insgesamt leben laut der jüngsten Volkszählung von 2020 45 Millionen Einwanderer in den USA – bei einer Gesamtbevölkerung von 330 Millionen. Der Anteil der im Ausland Geborenen liegt damit wieder bei rund 15 Prozent. Bereits um die Wende zum 21. Jahrhundert erreichte die Einwanderung mit durchschnittlich einer Million pro Jahr das Niveau der *New Immigration* hundert Jahre zuvor, wobei neben Mexiko Indien und China die wichtigsten Herkunftsländer sind.

Die neue Massenmigration hat das Selbstbild der USA als einer »weißen Nation« mit schwarzer Minderheit fundamental infrage gestellt. Eine »Hautfarbenrevolution« nennt dies der Historiker James Patterson. Noch 1970 galten 87,5 Prozent der US-Amerikaner als »weiß«, gefolgt von den Afroamerikanern als größter Minderheit mit elf Prozent und den Hispanics mit 4,5 Prozent; Asian Americans stellten weniger als ein Hundertstel der Bevölkerung. Fünfzig Jahre später ergab die Volkszählung, dass der Anteil der Euroamerikaner auf unter 60 Prozent gefallen ist, während die Hispanics mit fast 19 Prozent die Afroamerikaner (zwölf Prozent) hinter sich gelassen haben; sechs Prozent der Bevölkerung haben asiatische Wurzeln. Amerikaner europäischer Abstammung werden sämtlichen Prognosen zufolge spätestens 2050 nur noch eine relative Mehrheit bilden.

Bereits in den Achtzigerjahren wurden Forderungen lauter, die Einwanderung erneut zu beschränken. Diese kamen zunächst vor allem von Lobby- und Wählergruppen, die den Demokraten nahestanden, etwa den Gewerkschaften und den Afroamerikanern, die Immigranten als Lohnrücker und Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen fürchten. Auch die republikanische Basis verlangte nach Restriktionen, während der Wirtschaftsflügel der Partei die Grenzen für billige Arbeitskräfte offenhalten wollte.

Im Mittelpunkt der Debatte stand die illegale Einwanderung. Einerseits sollte sie erschwert werden,

ANZEIGE

Wer waren sie wirklich?

Jetzt gratis lesen:  
www.zelt.de/zg-heft

Der Podcast zum Magazin:  
www.zelt.de/zg-podcast

andererseits wurden Amnestien erlassen, um Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung, die schon längere Zeit in den USA arbeiteten, den Weg in die Legalität zu ebnen. Doch der Unmut unter den Wählern schwoll weiter an. 1996 einigten sich die demokratische Clinton-Regierung und der republikanisch dominierte Kongress auf ein Gesetzespaket, das legale Immigranten für die ersten fünf Jahre ihres Aufenthaltes von Sozialtransfers ausschloss, die Abschiebung von Illegalen erleichterte und die Mittel für die Befestigung der Grenze zu Mexiko kräftig erhöhte. Kritiker sprachen von einer neuen Berliner Mauer.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 machte das xenophobe Klima, das Teile der Öffentlichkeit erfasste, Kompromisse immer schwieriger. Der sogenannte Dream Act (Development, Relief, and Education for Alien Minors Act), den ein republikanischer und ein demokratischer Senator gemeinsam einbrachten, sollte Einwohnern ohne Papiere, die als Minderjährige in die USA gekommen waren, den Erwerb der Staatsbürgerschaft ermöglichen. Aber er fand keine ausreichende Mehrheit. 2012 setzte Präsident Barak Obama Teile des Gesetzes per Exekutivverlass in Kraft. Doch sein Nachfolger Donald Trump beendete das Programm unmittelbar nach seinem Amtsantritt 2017. Trump hatte seinen Wahlkampf ganz auf die Botschaft abgestellt, die »Invasion« mexikanischer »Krimineller und Vergewaltiger« zu stoppen. Sein Versprechen, an der Grenze zu Mexiko eine Mauer zu bauen, trug wesentlich zu seinem Sieg im November 2016 bei. Einwanderung und demografischer Wandel waren längst zu polarisierenden Identitätsfragen der amerikanischen Politik geworden.

Schon viele Jahre vor Trump warnten Konservative wie der republikanische Rechtsaußen Patrick Buchanan und der Harvard-Politologe Samuel Huntington vor einer »Invasion« aus Mexiko, die Amerikas weiße, europäische Identität bedrohe. Anhänger des Multikulturalismus propagierten derweil eine neue nationale Identität, gegründet auf kulturelle und ethnische Vielfalt. Colleges und Universitäten richteten Studiengänge für Afro-American Studies, Latino Studies und Ethnic Studies ein – auch um das Selbstbewusstsein der betroffenen Gruppen zu stärken.

Liberaler wie der 2007 verstorbene Historiker Arthur Schlesinger beklagten früh, dass der neue Multikulturalismus auf eine ethnische Fragmentierung der Gesellschaft hinauslaufe. Dagegen steht die Hoffnung, dass ein neues, multiethnisches Amerika durch den Anstieg von *Eheschließungen* über die einst so scharf gezogenen *color line* hinweg entstehen wird. Die Kinder aus diesen Verbindungen, so der Befund des Soziologen Richard Alba, würden in Zukunft einen neuen Mainstream jenseits des alten »Schwarz-Weiß«-Gegensatzes bilden. Schon vor mehr als zwanzig Jahren bezeichnete sich der Golf-Champion Tiger Woods als »Cablinasian« – eine Zusammenziehung von Caucasian (weiß), Black, Native American und Asian –, um seine vielfältigen ethnischen Wurzeln zu betonen.

Doch dass Hautfarbe in absehbarer Zeit keine Rolle mehr spielen wird, ist Wunschdenken. Barack Obama ist der Sohn einer weißen Amerikanerin und eines Kenianers, gilt aber als der erste schwarze US-

Präsident und hat sich, obwohl er bei seiner Mutter und seinen weißen Großeltern aufwuchs, stets als Angehöriger der *Black Community* definiert. Der Hass, der ihm entgegenschlug, speiste sich vor allem aus der Furcht, dass seine Präsidentschaft den Anfang vom Ende der weißen Hegemonie bedeuten könnte.

Wie können nationale Integration und Demokratie in einer multiethnischen Gesellschaft gelingen, in der die bislang dominante Mehrheit ihren Status zu verlieren droht? Vor dieser epochalen Herausforderung stehen derzeit nicht nur die USA.

Die identitätspolitische Linke plädiert für offene Grenzen und verlangt, dass die Mehrheitsgesellschaft endlich ihren »weißen Privilegien« abschwört. Die radikale Rechte schürt die »demografische Panik« und verbreitet eine Verschwörungserzählung, der zufolge die »globalistischen« Eliten der USA und Westeuropas einen »Bevölkerungsaustausch« betrieben, um ihre Macht zu sichern. Liberale verweisen unterdessen auf die lange und erfolgreiche Tradition der amerikanischen Einwanderungsgeschichte, die bislang noch alle Neuankommlinge integriert habe. Wer hätte vor hundert Jahren geglaubt, fragt die Soziologin Nancy Foner, dass Juden und Italiener einmal genauso als Amerikaner akzeptiert sein würden wie die »alteingesessenen Angelsachsen«?

Welche Folgen die Debatte für die amerikanische Demokratie haben wird, ist offen. Sowohl linke Globalisierungskritiker als auch traditionelle Konservative warnen vor den destabilisierenden Konsequenzen der Masseneinwanderung. Bernie Sanders, der Bannerträger des amerikanischen Linkspopulismus, distanzierte sich ausdrücklich von der Forderung nach offenen Grenzen, die vor allem das Interesse des Großkapitals an billigen Arbeitskräften bediene. Und der konservative Journalist David Frum, ein scharfer Trump-Kritiker, warnt düster: »Wenn die Liberalen meinen, nur Faschisten seien für die Kontrolle von Grenzen, dann werden die Wähler bald Faschisten an die Macht bringen, um das zu tun, was die Liberalen sich zu tun weigern.«

Wie vor acht Jahren versucht Donald Trump im laufenden Wahlkampf, die Demokraten mit der Lage an der Grenze zu Mexiko in die Enge zu treiben, und könnte damit erneut Erfolg haben. Doch schon während Trumps Präsidentschaft hatte sich gezeigt, dass sein »Baut-die-Mauer«-Getöse keine nennenswerten Auswirkungen auf den Zustrom illegaler wie legaler Einwanderer hat. Der demografische Wandel wird sich allein deshalb fortsetzen, weil die Einwanderer weiterhin Kinder bekommen. Die Frage ist, wie ein neuer demokratischer und sozialer Grundkonsens aussehen kann, der zusammenhält, was die einen feiern und die anderen fürchten: eine diverse Gesellschaft. Auch das klassische Einwanderungsland Amerika hat darauf noch keine Antwort gefunden.

Manfred Berg lehrt Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Gerade ist von ihm erschienen: »Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute« (Klett-Cotta; 544 S., 35,- €)